Herausgegeben von
Detlef Schmiechen-Ackermann | Hans Otte | Wolfgang Brandes

Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945

Wallstein

Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945

Herausgegeben von

Detlef Schmiechen-Ackermann / Hans Otte / Wolfgang Brandes

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR NIEDERSACHSEN
UND BREMEN

274

Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945

Herausgegeben von
Detlef Schmiechen-Ackermann, Hans Otte
und Wolfgang Brandes

WALLSTEIN VERLAG

Gefördert mit Hilfe von Forschungsmitteln
des Landes Niedersachsen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar

© Wallstein Verlag, Göttingen 2014
www.wallstein-verlag.de
Umschlag: Susanne Gerhards, Düsseldorf
unter Verwendung der folgenden Abbildung:
TU Braunschweig, Baustelle der Bibliothek 1969
(Nds. Landesarchiv Hannover, Bildgutslg. Nr. 3443/1).
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen
ISBN (Print) 978-3-8353-1535-8
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2656-9

Inhalt

I Zur Einführung

Detlef Schmiechen-Ackermann
Hochschulen und Politik nach 1945. Ein wichtiges zeithistorisches Themenfeld im landesgeschichtlichen Kontext 7

II Empirische Fallstudien

Frauke Steffens
Beschweigen, interpretieren, nutzbar machen. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit an der Technischen Hochschule Hannover in den ersten Nachkriegsjahren 19

Anne Schmedding
Zwischen Tradition und Moderne: Die „Braunschweiger Schule". Architektenausbildung an der TU/TH Braunschweig nach 1945 bis Ende der 60er Jahre 41

Oliver Schael
Von der Aufgabe der Erziehung. Das gescheiterte Reformexperiment der „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft" in Wilhelmshaven-Rüstersiel (1949-1962) 53

Kerstin Thieler
Ohne Würde. Die Entziehung von Doktortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im „Dritten Reich" und der lange Prozess der Rehabilitierung nach 1945 81

Matthias Martens
Legitimierung des Zuständlichen: Die Institutionalisierung von historischer Landesforschung in Niedersachsen 95

Anna Berlit-Schwigon
1968 in Hannover. Studentenbewegung in der politischen Provinz 117

Birte Gräfing
Die Bremer Universität – Gründung und Aufbauzeit 125

Detlef Schmiechen-Ackermann

Hochschulen und Politik nach 1945

Ein wichtiges zeithistorisches Themenfeld im landesgeschichtlichen Kontext

Die Geschichte der Hochschulen ist in der nach föderalen Prinzipien organisierten Bundesrepublik stets ein wichtiger Aspekt der Landespolitik gewesen und bildet dementsprechend im historischen Rückblick auch einen signifikanten Bereich der neuesten Landesgeschichte. Diese allgemeine Feststellung trifft auf das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Bundesland Niedersachsen in ganz besonderer Weise zu: Zum einen mussten in dem neu gebildeten politischen Konstrukt „Niedersachsen" in der Nachkriegszeit zunächst einmal die unterschiedlich ausgeprägten Traditionen der früheren preußischen Provinz Hannover und der ehemals selbständigen Territorien Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe zusammengeführt werden,[1] zum anderen erlebte in den späten 1960er und den frühen 1970er Jahren gerade der Hochschulbereich im Zeichen der gesellschaftlichen Debatte über die „Bildungskatastrophe"[2] eine ganz erhebliche Expansion. Im Ergebnis entstanden mehrere neu gegründete (Oldenburg, Osnabrück) bzw. erheblich ausgebaute Universitäten (Hannover, Braunschweig) sowie in ihrer Bedeutung aufgewertete Hochschulen (Hildesheim, Lüneburg, Vechta, Hochschule für Musik und Theater in Hannover, Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig). Als Ergänzung zur traditionsreichen Georg-August-Universität in Göttingen bildete sich etwa zwei Jahrzehnte nach Kriegsende eine vielfältige niedersächsische Hochschullandschaft aus, zu der mit der TU Clausthal seit 1968 auch eine aus der Tradition der im 18. Jahrhundert gegründeten Bergakademie heraus entwickelte und mit einem speziellen Profil versehene Technische Universität zählte. Hinzu kamen zwei auf den medizinischen Bereich spezialisierte Hochschulen am Standort Hannover: die Medizinische Hochschule Hannover (MHH)[3] und die Tierärztliche Hochschule (TiHo).[4] Dass mittlerweile die Leibniz Universität Hannover, die Technische Universität Braunschweig und die Technische Universität Clausthal in Gestalt der 2009 als Dach neu ins Leben gerufenen Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTH) enger kooperieren, schreibt den bereits in den älteren Traditionslinien[5] deutlich hervortretenden Be-

1 Ein knapper Überblick hierzu bei Dietmar von Reeken, Die Gründung des Landes Niedersachsen und die Regierung Kopf (1945-1955), in: Gerd Steinwascher u.a. (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens. Fünfter Band: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 625-681, hier speziell S. 644-654.

2 Vgl. Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe, München 1965.

3 Almuth Plumeier, Medizinische Hochschule Hannover 1965-1985, Hannover 1985.

4 Melanie Schweizer, Die Tierärztliche Hochschule Hannover in der Nachkriegszeit (1945-1963), Oschersleben 2002.

fund, dass die niedersächsische Hochschullandschaft immer wieder für neue Entwicklungen offen war, auch in die Zukunft fort.

Zunächst sei der größere Kontext der in diesem Band untersuchten Entwicklungen an niedersächsischen Hochschulen mit knappen Strichen skizziert: Als Reaktion auf die Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur hatte in den frühen Nachkriegsjahren in Niedersachsen zunächst ein starker Wille zur Demokratisierung des Bildungswesens bestanden. Sehr schnell wurde aber deutlich, dass „angesichts der […] politischen und finanziellen Situation des Landes die Spielräume für eine durchgreifende Reformpolitik schmal" waren.[6] Die weitreichenden Pläne des ersten niedersächsischen Kultusministers Adolf Grimme (SPD) für grundlegende Reformen im Schulwesen waren zum Scheitern verurteilt, da er von der britischen Besatzungsmacht nur zögerlich unterstützt wurde und sich im Lande diverse Interessengruppen gegen eine tiefgreifende Reformpolitik stemmten. In den späten 1940er und frühen 1950er Jahren kam es unter Kultusminister Richard Voigt (SPD) eher zu einer pragmatischen Politik der kleinen Schritte denn zu der anfangs ins Auge gefassten umfassenden Neuorientierung. In diese Phase fiel die 1949 erfolgte Gründung der „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft" in Wilhelmshaven, die als ein greifbares Ergebnis des sich in den frühen Nachkriegszeit zunächst deutlich artikulierenden Reformwillens verstanden werden kann.[7]

Die Ergebnisse der Landtagswahl 1955 markierten eine wichtige landesgeschichtliche Zäsur. Da die SPD zusammen mit ihrem bisherigen kleinen Koalitionspartner, dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), keine Mehrheit mehr erreichte, fand die erste Regierungszeit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf ihr Ende. Der BHE schloss sich mit CDU, FDP und der aus der Niedersächsischen Landespartei (NLP) hervorgegangenen Deutschen Partei (DP) zu einer „bürgerlichen" Koalition unter Führung des DP-Vorsitzenden Heinrich Hellwege zusammen. Sofort nach der Bildung des Kabinetts rückten die Bildungspolitik und die Göttinger Georg-August-Universität in den Fokus des öffentlichen Interesses. Die FDP hatte als Kandidaten für das von ihr zu besetzende Amt des Kultusministers den 33-jährigen Juristen Leonhard Schlüter benannt, der aufgrund

5 Zusammenfassend: Gerd Steinwascher, Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: ders. u.a. (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens. Fünfter Band: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 19-197, hier speziell S. 151-158; Detlef Schmiechen-Ackermann, Die nationalsozialistische Herrschaft im „völkischen Kernland" des „Dritten Reiches". Politik und Gesellschaft in den NS-Gauen Osthannover, Südhannover-Braunschweig und Weser-Ems 1933-1945, in: ebd., S. 199-452, hier speziell S. 360-363. Zur abgerissenen frühneuzeitlichen Hochschultradition am Standort Helmstedt: Helwig Schmidt-Glinzer (Hrsg.), Die Reformuniversität Helmstedt 1576-1810. Vorträge zur Ausstellung „Das Athen der Welfen", Wiesbaden 2011; Landkreis Helmstedt (Hrsg.), Die Universität Helmstedt und die Epochen ihrer Geschichte. Ausstellung aus Anlass des 400. Gründungsjubiläums der ehemaligen Universität Helmstedt, Helmstedt 1976.

6 Vgl. zur Situation des Bildungswesens in der frühen Nachkriegszeit: von Reeken, Gründung, wie Anm. 1, S. 674.

7 Zur Charakteristik dieser Epoche im Überblick: von Reeken, Gründung, wie Anm. 1, S. 674-677.

seiner politischen Vorgeschichte sofort nach der Amtseinführung in die öffentliche Kritik geriet. Schlüter hatte von 1945 bis 1947 die Göttinger Kriminalpolizei geleitet, diesen Posten aber aufgeben müssen, nachdem die Staatsanwaltschaft wegen diverser Vorwürfe eine Voruntersuchung gegen ihn eingeleitet hatte.[8] In der Folgezeit hatte er sich der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) angeschlossen, war dort schnell zum Landesvorsitzenden aufgestiegen und für diese im Herbst 1948 in den Göttinger Stadtrat eingezogen. Daraufhin verbot ihm die britische Besatzungsmacht jegliche politische Betätigung. Anfang der 1950er Jahre war Schlüter erneut politisch aktiv geworden, hatte zunächst eine neue rechtsextreme Splittergruppe gegründet, sich dann aber der um ihn werbenden FDP angeschlossen, in der er zum rechten Flügel zählte. Nach der Landtagswahl 1955 wurde er zum FDP-Fraktionsvorsitzenden gewählt und am 26. Mai zum Kultusminister im Kabinett Hellwege ernannt. Dies führte in Göttingen zu massiven öffentlichem Protesten, die vor allem von der Universitätsleitung und der Studentenschaft ausgingen. Die Studierenden organisierten einen Fackelzug durch die Stadt und traten in einen Vorlesungsstreik. Rektor und Senat der Georgia Augusta sprachen dem neu ernannten Kultusminister das Misstrauen aus. Im Zuge der hieraus resultierenden landespolitischen Debatte erklärten sich schließlich alle niedersächsischen Universitäten und Hochschulen mit diesem Vorgehen solidarisch. Die massiven Proteste aus dem universitären Raum zeigten Wirkung: Am 9. Juni 1955 legte Schlüter sein Ministeramt nieder, bald darauf verlor er auch den Fraktionsvorsitz in der FDP und trat aus der Partei aus.[9]

Im Umfeld der Bundestagswahl vom Herbst 1957 fanden zwei die politische Entwicklung des Landes in den folgenden Jahren wesentlich beeinflussende Veränderungen statt:[10] Die FDP/BHE-Fraktion nahm „Hospitanten" aus der rechtsextremen DRP in ihre Reihen auf und leitete damit das Ende ihrer Koalition mit der CDU und DP ein, die diese Rechtsorientierung aus bundespolitischen Gründen nicht akzeptieren wollten. Im Ergebnis rückten CDU und DP näher zusammen und verständigten sich mit der SPD auf eine wiederum von Heinrich Hellwege geführte Koalition, die – ohne spektakuläre Turbulenzen – die zweite Hälfte der Legislaturperiode bestritt. Aus dem Ergebnis der nächsten Landtagswahl im April 1959, aus der die SPD mit 39,5% der gültigen Stimmen deutlich vor der CDU (30,8%) als stärkste Partei hervorging , während die kleineren Parteien stagnierten oder Stimmenverluste hinnehmen mussten, resultierte schließlich eine neue politische Konstellation, die erhebli-

8 Detailliert zur ‚Schlüter-Affäre' und ihren Auswirkungen auf Göttingen und Niedersachsen: Ernst Böhme, Zwischen Restauration und Rebellion. Die Georgia Augusta und die politische Kultur Göttingens in den fünfziger Jahren, in: Göttinger Jahrbuch 53, 2005, S. 125-156, hier S. 147ff. Vgl. auch Daniela Münkel, Von Hellwege bis Kubel. Niedersachsens Geschichte 1955 bis 1976, in: Gerd Steinwascher u.a. (Hrsg.), Geschichte Niedersachsens. Fünfter Band: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 683-734, hier speziell S. 692ff.; Heinz-Georg Marten, Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität gegen Kultusminister Schlüter im Jahr 1955, Göttingen 1987.

9 Detailliert zu dem ganzen Vorgang: Böhme, Restauration, wie Anm. 8, S. 147ff.

10 Zu der im Folgenden knapp geschilderten landespolitischen Entwicklung vgl. Münkel, Von Hellwege bis Kubel, wie Anm. 8, S. 699ff.

che Bedeutung für den Bildungsbereich gewinnen sollte: Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) übernahm noch einmal das Amt des Ministerpräsidenten und bildete nach intensiven Verhandlungen eine Koalition mit dem BHE und der FDP. Nach schwerer Krankheit verstarb Kopf allerdings zwei Jahre später, im Dezember 1961. Die bestehende Koalition wurde unter Dr. Georg Diederichs (SPD) weitergeführt und auch nach der Landtagswahl vom Mai 1963, die ebenso auch die Option der „bürgerlichen" CDU-FDP-Regierung eröffnet hätte, fortgesetzt. Um diese Einigung zu erzielen, hatte die SPD (die 44,9% der Stimmen erzielt hatte) dem kleinen Koalitionspartner FDP (mit nur 8,8%) vier Ministerposten überlassen und sich damit begnügt, selbst ebenfalls nur vier Ministerien zu führen. Zum Kultusmister wurde Dr. Hans Mühlenfeld (FDP) ernannt. Die Überlassung dieses Ressorts an die FDP sollte sich im Frühjahr 1965 als Problem erweisen, da die FDP das vom Ministerpräsidenten ausgehandelte Konkordat mit der katholischen Kirche nicht mittragen wollte. Schließlich resultierte aus diesem Konflikt der Bruch der SPD-FDP-Koalition, der entweder Neuwahlen nötig gemacht hätte oder alternativ nur die Einigung auf eine „Große Koalition" zuließ.

Nach zügigen Verhandlungen einigten sich SPD und CDU und schufen damit eine neue landespolitische Machtkonstellation, die recht gut in die damalige bundespolitische Landschaft passte und bis 1970 bestehen sollte. Unter Ministerpräsident Diederichs wirkte von 1965 bis 1970 Richard Langeheine (CDU) als Kultusminister. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre lässt sich für Niedersachsen „der Beginn der intensiven Reformphase"[11] im Bildungs- und Hochschulbereich verorten, die bis 1974 dann unter der von Alfred Kubel geführten SPD-Alleinregierung fortgesetzt wurde. In diese dynamische Reformphase der frühen 1970er Jahre fielen die Neugründungen mehrere Fachhochschulen sowie der Universitäten Osnabrück und Oldenburg. Unter dem von 1970 bis 1974 als Kultusminister amtierenden Prof. Dr. Peter von Oertzen schrieb die SPD eine Umgestaltung des Schul- und Hochschulwesens auf ihre Fahnen, die zu mehr Chancengleichheit in der Gesellschaft führen sollte.[12] Dieses Ziel schien nur erreichbar zu sein, sofern man erfolgreich den offenkundigen Schwächen des Bildungssektors begegnen könnte. In der in den 1960er Jahren breit geführten Debatte über die „Bildungskatastrophe" waren vor allem die zu geringe Zahl an Abiturienten und der zu geringe Output an universitär ausgebildeten Akademikern als strukturelles Defizit der Bundesrepublik ausgemacht worden, das die künftige wirtschaftliche Leistungskraft der Nation in Frage zu stellen drohte. Abhilfe konnte nur geschaffen werden, wenn die Zahl der Studienplätze deutlich gesteigert sowie nun auch in erheblich erhöhtem Maße junge Frauen und generell Arbeiterkinder für ein Studium motiviert werden könnten.[13] Im Zuge der als Reak-

11 Zur landespolitischen Entwicklung vgl. Münkel, Von Hellwege bis Kubel, wie Anm. 8, S. 718ff., das Zitat auf S. 718.

12 Vgl. Axel Schildt, Landestradition und moderne Lebenswelt: Niedersachsen seit den sechziger Jahren – eine Skizze, in: Bernd Ulrich Hucker u.a. (Hrsg.), Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 651-663, hier S. 656.

13 Vgl. zur allgemeinen Debatte über die „Bildungskatastrophe": Alfons Kenkmann, Von der deutschen „Bildungsmisere" zur Bildungsreform in den 60er Jahren, in: Axel Schildt u.a.

tion auf die erste „Ölkrise“ 1973 einsetzenden wirtschaftlichen Rezession endete diese Phase der „Reformeuphorie“ und es wurde eine „Periode der bildungspolitischen Ernüchterung“[14] eingeläutet.

Nach diesen sehr knapp skizzierenden Bemerkungen zur chronologischen Einordnung der in diesem Sammelband behandelten Spezialthemen in den größeren Kontext der Bildungs- und Hochschulgeschichte des Landes Niedersachsen sei – ebenfalls in einem sehr knappen Überblick – auf den landesgeschichtlichen Forschungsstand auf diesem Gebiet eingegangen. Dabei ist zunächst einmal grundlegend festzuhalten: Eine systematisch angelegte monographische Studie zur Entwicklung der Hochschulen und der Hochschulpolitik im Niedersachsen der 1950er und 1960er Jahre existiert bislang nicht. Immerhin kann zum Zwecke einer additiven Zusammenschau auf diverse Publikationen – von der umfangreichen und gediegenen Jubiläumsschrift bis zu Vortragstexten und gelegentlich auch kleineren, eher populärwissenschaftlichen Beiträgen – zu den einzelnen Hochschulen zurückgegriffen werden: Dies gilt für Göttingen,[15] Hannover[16] und Braunschweig[17] ebenso wie für Oldenburg und Osnabrück,[18] Clausthal,[19] Hildesheim[20] und Vechta.[21] Nicht explizit

---

(Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 402-423; Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, Bonn 2009, S. 292f.

14 Vgl. Manfred Bormann, Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland. System und Grundlagen, Opladen 1978, S. 27. Vgl. zur skizzierten Entwicklung im nationalen Rahmen auch: Andreas Wirsching, Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 108f.

15 Hartmut Boockmann, Göttingen. Vergangenheit und Gegenwart einer europäischen Universität, Göttingen 1997; Günther Meinhardt, Die Universität Göttingen. Ihre Entwicklung und Geschichte von 1734 bis 1974, Göttingen 1977; Kerstin Thieler, „… des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig“. Die Entziehung von Doktortiteln an der Georg-August-Universität im „Dritten Reich“, Göttingen 2006, 2. Aufl.; Heinrich Becker (Hrsg.), Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus, München 1987.

16 Adelheid von Saldern/Anette Schröder/Michael Jung/Frauke Steffens, Geschichte als Zukunft. Die Technische Universität in den Umbruchszeiten des 20. Jahrhunderts. Festschrift zum 175-jährigen Bestehen der Universität Hannover, Band 1: Universität Hannover 1831-2006, Hildesheim 2006.

17 Gerd Biegel, Collegium Carolinum und Technische Universität Braunschweig. 250 Jahre braunschweigische Universitätsgeschichte, Braunschweig 1995; Wolfgang Schneider, Die Technische Hochschule zu Braunschweig, Berlin 1963; Karl Hoppe/Theodor Müller, Technische Hochschule Carola-Wilhelmina Braunschweig. Kurzer Abriss ihrer Geschichte, Braunschweig 1959; Michael Wettern/Daniel Wesselhöft, Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945, Hildesheim 2010; Alfred Kuhlenkamp, Die Technische Hochschule Braunschweig im Krieg 1939-1945 und im ersten Nachkriegsabschnitt bis 1947, Braunschweig 1976; Rainer Maass, Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Braunschweig in der Nachkriegszeit, Husum 1998.

18 Werner Münch, Die politische Verantwortung eines Kultusministers. Universitätsgründungen in Oldenburg und Osnabrück, Mainz 1976; Horst Wetterling, Die Gründung der Universität Osnabrück 1960-1970, Osnabrück 1972; Ders., Die Gründung der Universität Osnabrück 1970-1975; Osnabrück 1977; Hermann Helmers, Geschichte der Universität Oldenburg, Oldenburg 1983.

19 Friedrich Balck/Georg Müller/Alfred K. Schuster, Im Wandel der Zeiten. Die Bergstadt Clausthal-Zellerfeld und ihre Hochschule, Clausthal-Zellerfeld 2000.

betrachtet wird im vorliegenden Band die Entwicklung der pädagogischen Hochschulen in Niedersachsen, die ebenfalls dokumentiert ist.[22] Ausgewählte Fragen und Probleme des Hochschulsektors sind in instruktiven Monographien untersucht worden. Dies gilt vor allem für den Themenkomplex Universitäten und NS-Diktatur[23] sowie die Frage der Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit: Anette Schröder untersucht in ihrer Studie das Verhalten der Studenten an der Technischen Hochschule Hannover und den Wandel ihrer politischen Präferenzen „vom Nationalismus zum Nationalsozialismus" in den späten 1920er und den 1930er Jahren.[24] Anikó Szabó kommt das Verdienst zu, als erste umfassend die Frage der Rückkehr und der „Wiedergutmachung" an den in der NS-Zeit von den Hochschulen vertriebenen jüdischen sowie politisch unerwünschten Hochschullehrern thematisiert zu haben.[25] Frauke Steffens fokussiert ihre Studie zu den Entwicklungen der frühen Nachkriegszeit an der Technischen Universität Hannover zunächst auf das von der Hochschulleitung immer wieder beschworene Deutungsmuster des „Existenzkampfes" sowie das professorale Selbstbild des „unpolitischen Wissenschaftlers", um auf dieser Basis „Kontinuität und Wandel im Technikdiskurs" und das „Tauziehen zwischen Reformtrends und Beharrungskräften" nachzuzeichnen.[26] Eine durch ihre Exemplarität beeindruckende Fallstudie hat Carola Dietze dem Wirken des Soziologen und Philosophen Helmuth Plessner im Göttin-

20 Heinz-Wilhelm Alten, Zur Geschichte der Universität Hildesheim, Hildesheim 2004.

21 Alwin Hanschmidt/Joachim Kuropka (Hrsg.), Von der Normalschule zur Universität. 150 Jahre Lehrerausbildung in Vechta 1830-1980, Bad Heilbrunn 1980; in kritischer Perspektive: Hans-Joachim Wenzel, Universität auf dem Lande. Zur Problematik des Standortes Vechta aus der Sicht der studentischen Nachfrage, in: Neues Archiv für Niedersachsen 34, 1985, S. 280ff.

22 Helmuth Kittel, Die pädagogischen Hochschulen Niedersachsens. Eine Dokumentation, Band 1 und 2, Freiburg 1983 und 1986; Rolf Owczarski, Lehrerbildungsanstalt Helmstedt 1940-1945, Helmstedt 1998.

23 Einen exzellenten kompakten Überblick hierzu gibt: Michael Grüttner, Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz, in: John Conelly/Michael Grüttner (Hrsg.), Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn u.a. 2003, S. 67-100. Als allgemeine Untersuchungen zur NS-Zeit auch: Noyan Dinçkal/Christoph Dipper/Detlev Mares (Hrsg.), Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Technische Hochschulen im „Dritten Reich", Darmstadt 2010; Joachim Scholtyseck/Christoph Studt (Hrsg.), Universitäten und Studenten im Dritten Reich. Bejahung, Anpassung, Widerstand, Berlin 2008; Michael Grüttner/Sven Kinas, Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933-1945, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55, 2007, S. 123-186; Karen Bayer (Hrsg.), Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004; Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn u.a. 1995.

24 Anette Schröder, Vom Nationalismus zum Nationalsozialismus. Die Studenten der Technischen Hochschule Hannover 1925 bis 1938, Hannover 2003.

25 Anikó Szabó, Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus. Mit einer biographischen Dokumentation der entlassenen und verfolgten Hochschullehrer: Universität Göttingen, TH Braunschweig, TH Hannover, Tierärztliche Hochschule Hannover, Göttingen 2000.

26 Frauke Steffens, „Innerlich gesund an der Schwelle einer neuen Zeit". Die Technische Hochschule Hannover 1945-1956, Stuttgart 2011.

gen der 1950er Jahre gewidmet.[27] 1933 war dieser als „nicht-arischer" Wissenschaftler aus seiner Dienststellung an der Universität Köln verdrängt worden und emigrierte daraufhin in die Niederlande. Obwohl er sich bereits 1945 um einen Lehrstuhl in Deutschland bemüht hatte, wurde er erst 1950, inzwischen fast sechzigjährig, nach Göttingen berufen. Für das intellektuelle Klima an den jungen bundesdeutschen Universitäten ist es bezeichnend, dass er – obwohl er zeitlebens kaum eine Beziehung zur jüdischen Religion hatte – in seinem nun „nachgeholten" akademischen Leben immer wieder ganz explizit als „zurückgekehrter jüdischer Wissenschaftler" tituliert wurde.

Die in diesem Band versammelten Beiträge sind aus zwei Tagungen des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen hervorgegangen. Die Auswahl der dort gehaltenen Beiträge basierte auf einem Call for Papers zum Thema „Die ‚langen 1950er Jahre' in Niedersachsen: Kultur, Gesellschaft, Politik 1946-1965", den das Sprecherteam des Arbeitskreises zuvor veröffentlicht hatte. Er zielte darauf, interessante neuere Untersuchungen zur Geschichte des Landes Niedersachsen von der frühen Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre zusammen zu führen. Unter anderen waren als mögliche Untersuchungsfelder genannt worden: die Entwicklung kultureller Organisationen und Institutionen, Aspekte der Mediengeschichte, die Geschichte der Religiosität und der Kirchen, Aspekte der Geschlechtergeschichte, Veränderungen in sozialen Milieus und politischen Teilkulturen, der Wandel der Konsum- und Alltagskultur, die Geschichte des Sports und der Freizeit sowie Jugendkulturen. Dass die Resonanz für etliche der aufgezählten Themenfelder eher gering blieb, verweist ebenso deutlich wie die bei der Erarbeitung des fünften Bandes zur „Geschichte Niedersachsens"[28] festgestellten großen Forschungslücken sehr nachdrücklich darauf, dass es in der regionalen Zeitgeschichte Niedersachsens derzeit mehr offene Forschungsfragen als gesicherte Erkenntnisse gibt. Zu unserer Überraschung wies der Rücklauf auf den Call for Papers aber eine überproportional große Zahl an angebotenen Vorträgen zur Geschichte der Hochschulen in Niedersachsen auf. Dieser Umstand bewog uns dazu, eine ganze Arbeitstagung dem Thema „Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945" zu widmen, die am 13. Oktober 2007 im Hauptstaatsarchiv Hannover stattfand. Der Vortrag von Anna Berlit-Schwigon wurde im Rahmen einer weiteren Arbeitstagung gehalten, die sich unter dem Titel „Kultur, Gesellschaft und Politik im Wandel" aus niedersächsischer Perspektive intensiv mit der Umbruchszeit zwischen 1965 und 1975 befasste. Diese Tagung fand am 16. Februar 2008 im Historischen Museum Hannover statt. Insgesamt resultiert aus den im Arbeitskreis gehaltenen Vorträgen zwar kein umfassendes Gesamtbild der Hochschullandschaft im jungen Bundesland Niedersachsen, aber doch ein vielfältiges Panorama ausgewählter Entwicklungen und relevanter Probleme im niedersächsischen Hochschulwesen. Daher entstand der Wunsch, diese Ergebnisse der zeithisto-

27 Carola Dietze, Nachgeholtes Leben. Helmuth Plessner 1892-1985, Göttingen 2006.

28 Gerd Steinwascher u.a. (Hg.), Geschichte Niedersachsens. Fünfter Band: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010.